

## 1. Einleitung

### 1.1. Ausgangslage politischer Bildung im wiedervereinigten Deutschland

Politische Bildungsarbeit sieht sich in vielfältiger Weise mit der politischen Wirklichkeit konfrontiert. Sie ist, wie wohl kaum ein anderer Bereich der Bildung, von den alltäglichen Erfahrungen der Adressaten abhängig und zielt auf die Rückkopplung der Bildungsangebote in den politischen Alltag. Seit 1989 sind die Bürger Deutschlands mit dem Einigungsprozeß konfrontiert, der von ihnen ein hohes Maß an Akzeptanz, Beteiligungsbereitschaft und nicht zuletzt Verständnis verlangt. Im Verlauf des Einigungsprozesses wurde zunehmend sichtbar, daß Deutschland sich nicht nur geographisch verändern würde. Die großen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und mentalen Veränderungen im Gefolge der deutschen Einheit stehen in einem engen Bezug zum europäischen Einigungsprozeß und zu globalen Modernisierungsprozessen. All diese Prozesse sind verbunden mit dem Verlust von Gewißheiten und Sicherheiten. Hier wird den Bürgern eines sich gerade erst selbst findenden und neu verortenden Landes viel abverlangt.

Die zunehmende Alltäglichkeit der Folgeprobleme führt nicht selten dazu, daß die deutsche Einheit als Last empfunden wird und Trennendes vor dem Gemeinsamen steht. Der Angleichung der politischen und juristischen Verhältnisse hinkt die Angleichung der Lebensverhältnisse hinterher und im Umgang mit der gemeinsamen Vergangenheit scheint die häufig „Mauer in den Köpfen“ genannte Differenz zwischen Ost- und West-Deutschland besonders augenfällig. Bei genauerer Betrachtung laufen die Konfliktlinien jedoch inzwischen viel weniger entlang der früheren „Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik“, die Auseinandersetzung um den PEN oder die immer wieder einmal entfachten Schlußstrichdebatten machen ebenso wie die von Politikern aus der ehemaligen DDR wie aus den alten Bundesländern getragenen Bemühungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ oder die inzwischen alltäglich selbstverständliche Zusammenarbeit von Menschen aus Ost und West deutlich, daß die empfindliche Pflanze deutsche Einheit ihre Wurzeln wie ihre Blüten in beiden Teilen des vereinigten Deutschland hat. Das soll nicht darüber hinweg täuschen, daß diese Pflanze ohne die entsprechende Pflege nicht gedeihen kann. „Die sozialen Bindekräfte in einer Gesellschaft sind so bedeutsam, daß man ihre Pflege nicht dem Zufall überlassen kann. Für diese Aufgabe ist die politische Bildung am besten geeignet.“<sup>1</sup>

Im „Darmstädter Appell“ formulierten 1996 namhafte Vertreter aus dem Bereich der politischen Bildung: „Politische Bildung hat die Aufgabe, die demokratische politische Kultur durch Erziehung zu festigen und zur Kontinuität demokratischer Entwicklungen beizutragen.“<sup>2</sup> Im Bericht der Bundesregierung

1 Schiele, Zeiten, S. 5.

2 „Darmstädter Appell“: S. 35.

zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland von 1992 heißt es: „Eine wichtige Aufgabe hat die politische Bildung; ihr Ziel ist die Vermittlung von demokratischem Bewußtsein, von Kenntnissen und der Fähigkeit, an politischen Prozessen mitzuwirken.“<sup>3</sup> Angesichts der oben kurz skizzierten Problemlage handelt es sich um eine grandiose Aufgabe, die nur zu lösen ist, wenn verschiedenste gesellschaftliche und politische Kräfte sich gemeinsam ihrer Erfüllung verpflichtet fühlen.

Politische Bildung im demokratischen Sinne besitzt in der Bundesrepublik eine inzwischen lange Tradition und ist in besonderer Weise vom Vereinnahmungsstreben totalitärer Agitation und Propaganda auch und insbesondere im Bildungsbereich unterschieden. Methoden und Konzepte ebenso wie die Inhalte der politischen Bildungsarbeit orientieren sich am demokratischen Kern des antitotalitären Gründungskonsens der alten Bundesrepublik, aber auch an den zu Recht immer wieder kritisch aufgedeckten Defiziten der Aufarbeitung totalitärer Vergangenheiten. Das demokratische Gemeinwesen ist bei einem überwiegenden Teil der Bevölkerung der alten Bundesrepublik zu einer selbstverständlichen Alltagserfahrung geworden.

Die aus der DDR überkommenen Erfahrungen mit dem Zusammenhang von Bildung und Politik – vom Staatsbürgerkundeunterricht<sup>4</sup> über den inflationären Mißbrauch des Antifaschismus-Begriffs bis zu den „Schulen des Sozialismus“ – sind ganz andere. Sie führen heute nicht selten zu einer Skepsis gegenüber der Politik im Allgemeinen und ihrer Vermittlung auch durch politische Bildung im Besonderen. Die je eigene lebensgeschichtliche Verbundenheit mit der emanzipatorisch auftretenden Diktatur läßt bei den Betroffenen häufig den Eindruck entstehen, eine kritische Auseinandersetzung mit der Diktatur sei verbunden mit persönlicher Entwertung und kollektiver Verurteilung. Die Ausgangslage für politische Bildung „nach 60 Jahren Diktatur“<sup>5</sup> ist in diesem Teil Deutschlands also ungleich schwieriger als in den alten Bundesländern. Alle Träger „müssen sich ... mit einem beträchtlichen Mißtrauen gegenüber politischer Bildung auseinandersetzen, das in Jahrzehnten der Indoktrination, Agitation und Propaganda in der ehemaligen DDR gewachsen ist.“<sup>6</sup>

Einer langen Tradition von politischer Bildung in der Verantwortung staatlicher und freier Träger in einem relativ stabilen politischen System steht im Osten Deutschlands ein sehr weitgehender Umbau der politischen Institutionen allgemein und ein völliger Neuaufbau von Trägern politischer Bildung gegenüber. Was im einen Teil Deutschlands selbstverständlicher Bestandteil des politischen Systems ist, muß in der anderen Hälfte um Akzeptanz ringen und Skepsis überwinden. Zunehmende Probleme bei der materiellen Sicherung dieser schwierigen Arbeit angesichts der immer knapper werdenden öffentlichen Mittel sollen nicht unerwähnt bleiben.

3 Bundesregierung, Bericht, S. 3.

4 Vgl. Kuhn/Massing, Konzeptionen, S. 35 ff. Cremer/George, Situation, S. 47.

5 Rüther, Politische Bildung, S. 5.

6 Bundesregierung, Bericht, S. 23.

Trotz der beachtlichen Unterschiede zwischen den beiden Teilen des wiedervereinigten Deutschland soll hier unter gesamtdeutscher Perspektive die Frage untersucht werden, wie in der politischen Bildungsarbeit mit der gemeinsamen jüngsten deutschen Diktaturerfahrung umgegangen wird, von welcher Relevanz die Aufarbeitung der SED-Diktatur für die „demokratische politische Kultur“ und die zukünftige „Kontinuität demokratischer Entwicklungen“ ist. „Nach dem Niederreißen der Mauer und nach der Vereinigung Deutschlands muß politische Bildung ihren Beitrag dazu leisten, daß aus den bisherigen beiden Teilen ein geistiges und gesellschaftliches Miteinander wird.“<sup>7</sup> Mit welchen Mitteln freie Träger der politischen Bildungsarbeit diesen Beitrag leisten, soll folgend dargestellt werden.

### *1.2. Zu Situation und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik*

Bei der (auch rückblickenden) Betrachtung der Lage der politischen Bildung im wiedervereinigten Deutschland ist die Einschätzung verschiedenster Autoren nicht selten pessimistisch. Man kann lesen, daß sich die politische Bildung in einer „Misere“<sup>8</sup> befindet, daß sie „zur Zeit keine Konjunktur habe“<sup>9</sup> und unter „Reputationsverlust“<sup>10</sup> leide, von Krisenszenarien<sup>11</sup> ist gar die Rede und ein Autor beschreibt die Situation als gänzlich ausweglos: „Insofern ist es tatsächlich nicht treffend zu sagen, politische Bildung befände sich in der Krise, denn mit diesem Begriff läßt sich noch ein Ausweg assoziieren. Der aber ist verstellt, solange nicht darüber gesprochen wird, was die Wirkung der politischen Bildung am meisten und konsequentesten beeinträchtigt – das Verhalten der Politiker. Damit meine ich nicht nur ihr Desinteresse an politischer Bildung und damit an demokratischer Kultur, sondern ihren Präsentationsstil, der auf Vortäuschung abzielt und Argumentationserwartung als Außenseitereinsetzung ad absurdum führen möchte.“<sup>12</sup>

Ganz offensichtlich befindet sich die Diskussion um die Lage der politischen Bildung zumindest in Teilen im Fahrwasser der häufig als „Politikverdrossenheit“<sup>13</sup> beschriebenen Diskrepanz zwischen demokratischem Anspruch und alltäglich erfahrener Lebenswirklichkeit der Bürger im politischen System. Politikerschelte, obiges Zitat ist nur Beispiel eines vielstimmigen Chores, ist nicht selten eine populistische und bequeme Alternative zur mühevollen Beteiligung des mündigen Bürgers an den Belangen des Gemeinwesens. Politische Bildung kann diese Beteiligung befördern, nicht jedoch grundsätzliche Akzeptanzprobleme im gespannten Verhältnis zwischen Bürgern und Politi-

7 Ebenda, S. 3.

8 Vgl. Petersen, Misere, S. 212 – 218.

9 Reinhardt, Braucht die Demokratie, S. 10.

10 Kahsnitz, Ohne Krisenbewußtsein, S. 23 f.

11 Vgl. Kuhn/Massing, Konzeptionen, S. 19.

12 Tietgens: Anmahnung, S. 201.

13 Vgl. Hufer, Fragen, S. 6.